

**Rhomberg, Markus:**

Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung: die klimapolitische  
Debatte in den Massenmedien,

in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25 (2012), 2  
S. 52-61

## **Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung Die klimapolitische Debatte in den Massenmedien**

Markus Rhomberg

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, denen sich die moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu stellen hat. In diesem Thema manifestieren sich wechselseitige Abhängigkeiten, vielfältige Konstellationen von Akteuren und Unsicherheiten der globalisierten Gesellschaft. Diese unterschiedlichen Varianten und Bedrohungsszenarien werden vor allem in der massenmedialen Debatte sichtbar. Gleichzeitig zeigt sich bei der Beobachtung des Klimawandels, wie abhängig die Berichterstattung von äußeren Um-

welteinflüssen ist und wie kurzfristig die mediale Agenda konstruiert wird. War zumindest aus kontinentaleuropäischer Perspektive der Klimawandel das dominierende Thema der Jahre 2009 und 2010, so hat ihn nun fast gänzlich die Finanz- und Wirtschaftskrise verdrängt. Deutlich wurde dies in der Etatdebatte des Deutschen Bundestags im November 2011. Wenige Tage vor dem Klimagipfel in Durban verweist Kanzlerin Merkel lediglich ganz am Rande auf den Klimawandel.

Neben der Intensität der Debatte hat sich auch ihr Fokus verschoben. In der Berichterstattung ist der Klimawandel von einem wissenschaftlichen Thema zu einem politischen geworden. Die Analyse der klimapolitischen Debatte in den Medien steht im Vordergrund dieses Beitrags. Es soll deutlich werden, wie das Klimathema in die mediale Berichterstattung gekommen ist und sich als Thema entwickelt hat, um daraus verständlich zu machen, wie die Art der Berichterstattung den politischen Umgang mit dem Thema heute maßgeblich beeinflusst.

Der Fokus des Beitrags liegt auf Deutschland, wobei die Ergebnisse mit den Entwicklungen in anderen Ländern verglichen und kontrastiert werden.

## 1 | Klimawandel als schwieriges Medienthema

Nach der breiten medialen Aufmerksamkeit in den Jahren 2007 und 2009, in denen die UN-Klimakonferenzen in Bali und Kopenhagen stattfanden, zeigt sich heute, dass der Klimawandel nicht als wichtiges Zukunftsthema weit oben auf der gesellschaftlichen und der politischen Agenda steht. In Deutschland und in Europa wird um die politische Zukunft der Europäischen Union, um Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise und um die Energiewende gerungen. Insbesondere Letztere hat nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima den Klimawandel zunächst von der medialen Agenda verdrängt und diesen in einen neuen Bedeutungszusammenhang gesetzt. Der Klimawandel wird von der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Energiewende nicht nur von der medialen Agenda verdrängt, in der politischen Berichterstattung findet sich immer öfter die Frage, ob nicht zunächst diese Probleme politisch gelöst werden sollten, um sich dann erst dem Klimathema zu widmen. Zuletzt verweist Heike Göbel in der FAZ vom 26. November 2011 darauf, dass sich in einer Broschüre zur Halbzeitbilanz der schwarz-gelben Koalition das Wort Klimawandel nicht mehr finde: „Aber

statt Klimaschutz haben wir ja nun Energiewende. Vermutlich ersetzen die zuständigen Ministerien gerade in Nacharbeit in allen Vorschriften, Reden und Planungen das Wort ‚Klimaschutz‘ durch Energiewende“.

Aus der Medienlogik ist diese Verschiebung verständlich. Sowohl durch die anschauliche Illustration der Proteste in Griechenland – mit dem impliziten Verweis, dass dies vielleicht auch im Rest Europas geschehen könnte – als auch die eindrücklichen Bilder aus Fukushima und den Verweis auf die Katastrophe in Tschernobyl, rückt der Klimawandel zwangsläufig in den Hintergrund. Auf einer abstrakten Ebene erfüllen beide Ereignisse zentrale Faktoren der medialen Selektions- und Darstellungsmechanismen. Sie eignen sich für eine Visualisierung, die möglichen Konsequenzen sind durch historische Rückgriffe fühl- und erlebbar, die Problemverursacher sind klar markierbar und die mediale Darstellung kann eindeutig polarisieren.

All dies erfüllt der Klimawandel nicht! Zwar bieten extreme Wetterereignisse anschauliches Bildmaterial, die seriöse Wissenschaft wehrt sich aber in aller Regel dagegen, hier eine direkte Verbindung zu sehen, weil das Problem des globalen Klimawandels eben keine einfachen Kausalketten erlaubt. Zuletzt zeigte sich diese Sprach- und Bildlosigkeit bei der Vorstellung des Extremwetter-Berichts des UNO-Klimarats im November 2011. Bereits die Markierung jener Ereignisse als Phänomene des Klimawandels fällt schwer. Ebenso mangelt es aufgrund der Seltenheit extremer Wetterphänomene an Daten, was Vorhersagen extrem kompliziert macht. Gleichzeitig erwarten Medien aber konkrete Aussagen, wie sich in der Pressekonferenz bei der Vorstellung des Berichts zeigt. Spiegel Online berichtet von der Frage einer Journalistin bei der Vorstellung des Berichts: „Was hat die Erdlawinen in Uganda in diesem Jahr ausgelöst?“. Die Antwort der UNO darauf? Jeder Erdbeben habe viele Ursachen, ob die Klimaerwärmung eine Rolle spiele, lasse sich kaum beweisen. Dies entspricht aber gerade nicht den Erwartungen, die insbesondere

die Politik, aber auch die Gesellschaft, an die Klimaforschung haben. Sie fordern „konkrete Ergebnisse“ von der Klimaforschung, wie es der damalige dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen im Vorfeld des Gipfels in Kopenhagen 2009 treffend formulierte.<sup>1</sup>

Die ernsthafte Klimaforschung verweist immer wieder darauf, dass die Konsequenzen des Klimawandels erst in Zukunft zu erkennen sein werden. Sie arbeitet bei der Abschätzung der möglichen Folgen des Klimawandels mit Szenariomodellen, um Projektionen für die Zukunft abgeben zu können. Zukünftige Entwicklungen können nicht im Vorhinein bestimmt werden, sondern die Wissenschaft kann nur mögliche Pfade abschätzen, die unter bestimmten Bedingungen eintreten könnten, aber nicht müssen. Funtowitz und Ravetz (1985) prägten in den 1980er Jahren für solche Phänomene den Begriff der „postnormalen Wissenschaft“. Seriöse Wissenschaftler müssen in ihren konkreten Aussagen zum Klimawandel unsicher bleiben, gleichzeitig ist wissenschaftliche Expertise aber von großer Bedeutung für politisches Entscheidungshandeln. Zudem zählt der Klimawandel auch zu jenen unsichtbaren Umweltrisiken, die nicht unmittelbar durch die menschlichen Sinne wahrgenommen werden können (Beck 1992).

Der Klimawandel hat also aus einer Medienperspektive mit erheblichen Startschwierigkeiten zu kämpfen: Er kann nicht eindeutig vermittelt werden; er besteht aus komplexen Wirkungszusammenhängen, die nur sehr schwer erklärbar sind; er kann nicht auf anschauliche Bilder verweisen, weil die möglichen Folgen erst in der Zukunft liegen. Zudem kann nicht einmal genau beschrieben werden, wie diese Konsequenzen aussehen werden. Setzt man den Klimawandel mit dem deutschen Projekt der „Energiewende“ in Bezug, wird ebenso augenscheinlich, dass diese gegeneinander ausgespielt werden können. Beide sind „wicked“, also tückische Probleme. Das eine Problem kann nicht gelöst werden, ohne das andere im Blick zu behalten. Etwa ist der Bau neuer Kohlekraftwerke mit dem Ziel, von Atomkraft unabhän-

giger zu werden, nicht mit dem Klimaschutz kompatibel (Stehr/Rhomberg 2012, i.E.). Statt einer kombinierten Debatte wird die Klimapolitik der Bundesregierung aber durch die Energiewende von der öffentlichen Agenda verdrängt, ganz nach dem Motto: Jetzt muss sich die Politik um die Energiewende kümmern, Maßnahmen für den Klimaschutz folgen dann später (Novy/Rhomberg 2011). So bleibt am Ende in den Medien weitgehend verborgen, dass die tatsächlichen Emissionen von globalen Treibhausgasen trotz Wirtschaftskrisen dem pessimistischen der Emissionsszenarien des IPCC entsprechen. Zudem sinken die Chancen, das so genannte Zwei-Grad-Ziel bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu erreichen, sofern dies überhaupt noch als realistisch angesehen werden kann. Daten des US-amerikanischen Energieministeriums aus dem November 2011<sup>2</sup> zeigen, dass die globale Erwärmung langfristig auf höchstens zwei Grad Celsius über der globalen Mitteltemperatur vor der Industrialisierung beschränkt werden soll. In den Gipfeldokumenten findet sich zwar eine Nennung dieses Ziels, völkerrechtlich bindend ist es aber nicht: „Um das letztliche Ziel der Konvention, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf einem Niveau, das eine gefährliche Störung des Klimasystems vermeidet, zu stabilisieren, zu erreichen, werden wir, in Anerkennung der wissenschaftlichen Sicht, wonach der Temperaturanstieg unter 2° Celsius bleiben sollte, auf der Grundlage von Fairness und im Rahmen nachhaltiger Entwicklung unser langfristiges Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken“ (UNFCCC 2010).

Dennoch lässt sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Umweltproblemen und insbesondere des Klimawandels zu großen Teilen auf die Berichterstattung der Medien zurückführen. Um Luhmanns Einstieg in die „Realität der Massenmedien“ (1996) abzuwandeln: Das, was wir über den Klimawandel wissen, wissen wir aus den Massenmedien. Dies gilt umso mehr aus den oben beschriebenen Schwierigkeiten. Arlt und Kollegen (2010) weisen völlig zurecht darauf hin, dass die An-

zeichen des Klimawandels zwar durch bestimmte unmittelbar beobachtbare Phänomene wie heiße Sommer, schneearme Winter oder verheerende Stürme durch Individuen definiert werden. Ebenso erkennen Taddicken und Neverla (2011), dass das soziale Umfeld ein bedeutsamer Einflussfaktor für die individuelle Einstellung zum Klimawandel ist. Aber dennoch haben die Medien eine zentrale Rolle bei der Vermittlung des Phänomens.

## 2 | Wandel der Klimaberichterstattung

Lange Zeit waren Klimadebatten fast ausschließlich auf das System der Wissenschaft konzentriert und blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Massenmediale Aufmerksamkeit erlangte das Thema Klimawandel erst, als die Politik diesen zu einem ihrer Themen machte. Wilkins und Patterson (1991) beobachteten den Perspektivwechsel von Wissenschaft zu Politik in den Jahren 1987 und 1988. Studien analysierten dies unter anderem für Großbritannien und Frankreich (Brossard et al. 2004; Carvalho 2005).

Die deutsche Debatte ist da eine Ausnahme. Das Wissenschaftssystem erreichte im Jahr 1986 nämlich zunächst alleine öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel. Mit Hilfe der medialen Regeln lässt sich dies gut erklären. Forscher bezeichneten ihre Szenarioberechnungen öffentlich als „drohende Klimakatastrophe“. Das Mediensystem sprang auf diese Dramatisierung an und wendete sich dem Thema zu. Aufgeweckt durch die Medienberichterstattung, begann auch das politische System, sich mit Fragestellungen des Klimawandels zu beschäftigen. Das Wissenschaftssystem seinerseits war (negativ) überrascht von dem großen medialen Echo und bemühte sich, den Begriff der „Klimakatastrophe“ durch den weniger dramatischen Begriff des „Klimawandels“ zu ersetzen (Weingart et al. 2002). Für den deutschen Fall lässt sich also erkennen, dass die Wissenschaft den Begriff der Klimakatastrophe – bewusst oder unbewusst – medialisierte, und dass die Politik dieses politisch

entscheidungsbedürftige Thema erst nach der medialen Publikation für sich entdeckte.

Dieser Prozess der Politisierung und anschließenden Mediatisierung (Hjarvard 2008; Krotz 2007) von Themen ist kein für die Klimadebatte oder die Wissenschaft spezieller Prozess, sondern eher die Regel. Ein Thema profitiert von den Möglichkeiten der öffentlichen Machtdemonstration von Politikern und wird medial insbesondere dann interessant, wenn es in der politischen Sphäre angekommen ist und es darum geht, im Luhmann'schen Sinne Macht zu demonstrieren und Entscheidungen zu treffen. Issues werden für die Medien insbesondere dann interessant, wenn Eindeutigkeit hergestellt und Entscheidungen getroffen werden.

In der historischen Aufarbeitung der medialen Klimaberichterstattung zeigt sich, dass insbesondere die Politik bzw. politische Ereignisse die Zyklen der Medien treiben. Davon unbenommen sind natürlich jene Ereignisse aus dem Wissenschaftssystem, die den medialen Selektionsmechanismen gut entsprechen, wie Meldungen, die sich mit Studien zu CO<sub>2</sub>-Emissionen beschäftigen und dramatische Szenarien an die Wand malen, aber auch Ereignisse wie „Climategate“, die sich medial skandalisieren lassen (Beck 2010). In der Regel sind es aber politische Ereignisse, durch die der Klimawandel in den vergangenen Jahren in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt ist. Schäfer, Ivanova und Schmidt (2011) können in einer ländervergleichenden Analyse von 23 Staaten zeigen, dass die mediale Aufmerksamkeit für den Klimawandel oft zu ähnlichen Zeitpunkten steigt, insbesondere rund um politische Ereignisse wie die internationalen Konferenzen der Vertragsparteien der UNFCCC (Klimarahmenkonvention) und des Kyoto-Protokolls (Conferences of the Parties).

Warum wird aber die Wissenschaft in der Klimaberichterstattung immer mehr von der Politik verdrängt? Solange der Klimawandel offen für wissenschaftliche Deutungen und Interpretationen war und sogar Zweifler des Klimawandels als vertrauenswürdige wissenschaftliche Akteure in den Medien auftreten

konnten, war das Thema für die Medien interessant. In ihrer Berichterstattung konnten sie die Debatte innerhalb der Klimaforschung als Konflikt darstellen. Mittlerweile ist die Front jener gebröckelt, die einen menschengemachten Klimawandel nicht als Faktum anerkennen. Zwar gibt es harte Debatten innerhalb der Klimaforschung selbst, wie denn dem Problem des Klimawandels zu begegnen ist (vgl. auch 3.), diese Unterscheidungen sind aber zu komplex und zu uneindeutig, um in den Medien behandelt werden zu können.

An diese Stelle tritt nun die Politik, die den Klimawandel im Vorfeld des bisher größten und prominentesten Gipfels in Kopenhagen im Jahr 2009 ganz oben auf ihre Agenda setzte, aber gleichzeitig seit dem Scheitern dieses Gipfels in Konflikten darüber verfangen ist, wie ein globales Klimaschutzabkommen zu erreichen sei. Diese Offenheit bietet Raum für Konfliktberichterstattung, den die Politik selbst gerne annimmt. Nun finden politische Schuld-

zuweisungen statt, wer denn verantwortlich für das Scheitern von Kopenhagen ist. In der Analyse des Kopenhagener Gipfels lassen sich wie in einem Brennglas jene Muster der medialen Berichterstattung aufzeigen, die stilbildend für die politische Debatte sind. Dies zeigt explizit eine Studie von Eide und Kunelius (2010). Die Autoren greifen zunächst den Vorwurf auf, dass die journalistischen Berichtersteller eine Mitschuld hätten, indem sie die Existenz eines Klimawandels durch balancierte Berichterstattung, also dem Einräumen von Platz auch für Zweifler, zu lange offen gehalten hätten. Eide und Kunelius gehen dann einen Schritt weiter und stellen die These auf, dass die Medien auch aus diesem Grund sich vor dem Kopenhagener Gipfel ziemlich klar auf Seiten des IPCC positioniert und somit die politischen Akteure bereits im Vorfeld unter Druck gesetzt hätten, ein multilaterales Abkommen zu schließen. Sie nennen diesen Zusammenschluss „Advocacy for Hope“ und führen unter ande-



rem ein gemeinsames Editorial an, das in 56 Tageszeitungen weltweit vor dem Gipfel erschienen ist, und von den Politikern ein breites Abkommen forderte. Sie entdeckten in einer Medieninhaltsanalyse zudem inhaltlich ähnliche Beiträge in anderen Medien. Im Vorfeld des Gipfels und während des Gipfels selbst spielten Wissenschaftler und aktuelle Forschungsergebnisse kaum eine Rolle. Die Nachrichten waren vor allem von politischen Akteuren dominiert, die Wissenschaft blieb stumm.

Je höher die Erwartungen im Vorfeld des Gipfels aber von den Medien aufgebaut wurden, desto größer war auch die mediale Enttäuschung über die politischen Ergebnisse. Die Einschätzung in den Schlagzeilen lautete „Trübsinn“ („gloom“), „collapse“, „failure“ oder „fiasco“. In einer differenzierten Kommentierung der Ergebnisse zeigte sich aber auch, dass gerade Medien aus jenen Ländern, die bis zum Schluss in die Verhandlungen involviert waren, die Ergebnisse weit positiver bewerteten als die Medien jener Länder, deren Verhandler nicht mehr in die Schlussphase involviert waren. So kam es zu der unerwarteten Balance in der Berichterstattung zwischen der New York Times und der Xinhua Daily News aus China. In den Medien wurde aber nicht nur das Scheitern der politischen Akteure kritisiert, sondern auch der UN-Prozess als solcher.

Neben der Kritik durch die Medien nutzen die politischen Akteure dieses Forum für gegenseitige Schuldzuweisungen („Blame Game“). In einer Konfliktstellung befinden sich insbesondere die traditionellen Industrieländer und die BRIC-Staaten.<sup>3</sup> Die traditionellen Industriestaaten werfen BRIC-Ländern wie China, Indien oder Brasilien vor, die Dringlichkeit des Klimaproblems nicht erkannt zu haben. Die BRIC-Länder wiederum beschuldigen die traditionellen Industriestaaten, die BRIC-Bedürfnisse für wirtschaftliches Wachstum nicht anzuerkennen und verweisen darauf, dass der wirtschaftliche Erfolg dieser Staaten auf der historischen Ausbeutung der Klimaressourcen aufgebaut ist.

### 3 | Klimapolitik in den Medien

Das Thema Klimawandel ist als solches politisch wie kaum ein anderes Thema. Die Politik muss Entscheidungen treffen, die substantielle gesellschaftliche Kollektivgüter wie Infrastruktur, Mobilität oder Energie betreffen. Politische Entscheidungen zum Klimawandel auf allen politischen Ebenen – von der lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen bis hin zur globalen Ebene – haben Auswirkungen auf heutige und zukünftige Generationen. Wie aber genau dieses politische Thema verhandelt wird, ist dann von vielen Faktoren, nicht zuletzt von der Medienberichterstattung abhängig.

Politische Akteure des Klimawandels agieren in der öffentlichen Debatte auf verschiedenen geographischen Ebenen und auch politische Entscheidungen fallen auf unterschiedlichen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen. Am interessantesten für die Medienberichterstattung ist aber, und das zeigen auch die oben genannten Kopenhagen-Ergebnisse, die globale Ebene. Bresio und Pronzini (2010) zeigen in ihrer Studie zur Klimaberichterstattung Schweizer Printmedien, dass als Verantwortliche für die Lösung des Klimaproblems (hier im Sinne von Vereinbarungen) in der Regel einzelne Staaten oder Nationengruppen markiert werden, insbesondere Regierungsvertreter der westlichen Industrieländer. Betrachtet man aber die aktuellen Daten zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen, lässt sich erkennen, dass vor allem in den bevölkerungsreichen Schwellenländern wie Indien und China die Nutzung von Kohle zur Energiegewinnung immer breiter um sich greift, wie der bereits oben zitierte Bericht des US-amerikanischen Energieministeriums für das Jahr 2010 zeigt. Diese Schwellenländer sind aber ebenso wenig Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls, wie auch die USA das Protokoll nicht ratifiziert haben. Jene Länder, die als Verantwortliche für die Lösung medial markiert werden, sind also nicht die Hauptemissions-träger. Insofern sind die politische und die

mediale Realität nicht kongruent. Darauf komme ich zurück.

Diese Verortung des Problems auf eine globalen Ebene – obwohl ebenso lokale Strategien zur Lösung des Klimaproblems beitragen könnten –, fasst Carvalho (2010: 172) zusammen, zeigt sich aber aufgrund der Fokussierung der Berichterstattung auf internationale Regierungskonferenzen. Dadurch würde der öffentliche Eindruck entstehen, die internationale bzw. die globale Ebene seien der geeignete Ort, um Klimaentscheidungen zu treffen: „(...) people tend to rank climate change higher as a problem for the world than as a problem for their own country or region. Furthermore, by constructing climate change primarily as a global political issue, these discourses construct citizen agency as minute“. Politiker auf den nationalen Ebenen können dieses „Blame Game“ weiter forcieren, um den Problemdruck für Handlungen auf der nationalen und lokalen Ebene mit dem Hinweis auf die globalen Hindernisse zu verringern. Wir sehen diese Strategie aber nicht nur für die Klimapolitik, die Forschungen zu ähnlichen Problemen zwischen den Nationalstaaten und der EU-Ebene im Kontext einer Europäischen Öffentlichkeit sind vielfältig. Auch hier schreiben immer wieder nationalstaatliche Politiker unliebsame Entscheidungen medial der Europäischen Union zu, um sich vor der eigenen Bevölkerung zu profilieren (Pfetsch/Heft 2009).

In der Klimadebatte kommt aber ein weiterer Umstand hinzu. Die Problematik des „Blame Game“ zwischen lokalen Akteuren und supranationaler Ebene wird durch die gewählte Strategie gegen den Klimawandel verstärkt. Auch hier bildet der Kopenhagen-Gipfel ein gutes Beispiel. Es war das explizite Ziel dieser Konferenz, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden. Die mit hoher Medienaufmerksamkeit versehene Strategie des „Zwei-Grad-Ziels“ steht damit in direkter Verbindung. Die Fixierung auf dieses Ziel und damit eine Reduktionsstrategie ist aber keineswegs selbstverständlich. In der öffentlichen Debatte wird, so Stehr (2004: 50),

nur die Emissionsvermeidung als „tugendhaftes Verhalten“ dargestellt. Die Einschränkungen einer lediglich auf die Vermeidung abstellenden Politik sowie die Möglichkeiten einer „aktiven Klimavorsorgepolitik“ werden aber nur in geringem Maße thematisiert (auch Krauss/Storch 2005). Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern ist weltweit zu beobachten (Boykoff/Roberts 2007). Für Deutschland kann Post (2008) zeigen, dass zumindest in der öffentlichen Debatte und der Berichterstattung zu großen Teilen über die Minderung von Emissionen, nicht aber über Anpassungs- und Adaptionsstrategien diskutiert wird. Ebenso findet in der medialen Diskussion kaum Beachtung, dass sich die möglichen Erfolge der Vermeidungspolitik erst in ferner Zukunft zeigen werden.

Welche Gründe sind nun denkbar für die Fokussierung auf die Reduktionsstrategie durch die Medien? Zunächst kann man festhalten, dass die weltweite Klimapolitik immer noch durch das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 geprägt wird. Prins und Rayner (2007: 973) beschreiben dies als eine „symbolically important expression of governments' concern about climate change“. Der Kyoto-Prozess befasst sich vor allem mit Fragen der Minderung von Emissionen, also der Reduktion von Treibhausgasen, aber er schenkt Strategien der Anpassung an den Klimawandel kaum Aufmerksamkeit. Durch diesen Fokus auf Milderungs- und Reduktionsstrategien hat das politische System andere Strategien zur Herangehensweise an den Klimawandel aus der öffentlichen und medialen Debatte verabschiedet. Dies setzt das politische System selbst aber unter Druck: Mit dem Fokus auf Reduktion als einzige Möglichkeit, um dem Klimawandel zu begegnen, beraubt sich die Politik möglicher Alternativen. Die Fortschreibung des 2012 auslaufenden Kyoto-Prozesses wird zum alleinigen Indikator für politischen Erfolg oder Misserfolg in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Politik beharrt derzeit noch auf Kyoto, weil sie mit dem öffentlichen Einverständnis, dass auch andere Strategien maß-

voll wären, einen Teil ihrer Definitionsmacht einbüßen würde. Zwar ist die Anpassungsthematik mittlerweile auch in der politischen Debatte angekommen, wie die Ergebnisse des COP-16 Treffens in Cancun, das 2007 EC Green Paper on Adaptation, die IPCC-Reports oder auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (2010) zeigen. Dennoch gilt der Befund von Post (2008) grundsätzlich noch immer: Deutsche Nachrichtenmedien präsentieren vor allem Informationen über die Reduktion von Treibhausgasen, über Gesetzesvorhaben und Steuervorschläge zur Reduktion oder sie unterstützen die Wirtschaft symbolisch bei neuen Entwicklungen zur Reduktion. Kyoto wird in der Berichterstattung mit Reduktion verbunden, die Kontinuität bzw. Anschlussfähigkeit einer Nachricht wird so definiert. Rezipienten kennen Kyoto bzw. haben zumindest eine vage Idee von diesem Thema und verbinden es mit Reduktion. Die Medien können an dieses Vorwissen anschließen.

Die enge Verbindung der Klimapolitik mit dem Deutungsrahmen „Kyoto“ fokussiert die mediale Berichterstattung auf die Strategie der Minderung. Solche Verbindungen und Interpretationsrahmen werden als Framing bezeichnet. Framing beschreibt die Selektion, Exklusion und Betonung spezifischer Themeneigenschaften, durch die der sachliche Gehalt eines Themas kontextualisiert oder gerahmt wird. Die gewählte Perspektive der Mediendarstellung lenkt die Bewertung durch den Rezipienten bewusst oder unbewusst in eine bestimmte Richtung. Die Rezipienten sind dabei nicht vollkommen passiv. Die individuellen Erfahrungen und das soziale Wissen des Einzelnen setzen diese Interpretationen letztendlich in Gang (Entman 1993). Für die Klimadebatte könnte man also schließen: Kyoto ist ein dominantes Schlagwort in der Berichterstattung, das Kyoto-Protokoll beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Minderung. Deshalb dominieren Fragen der Minderung die Berichterstattung.

Das Kyoto-Protokoll ist ebenso ein Vertragswerk, das die mächtigen Industrienationen dieser Welt einschließt (Elite-Nationen). Geschlossen wurde es von den Regierungsverantwortlichen dieser Länder (Elite-Personen). Durch die Elitenfokussierung der Medien bleibt Kyoto ebenso präsent wie durch den hauptsächlich politischen Diskurs, der darum geführt wird. Deshalb sind Fragen der Minderung stärker im politischen Diskurs verankert als Fragen der Anpassung. Die Massenmedien folgen aber – wie oben gezeigt – insbesondere dem politischen System.

Der Kyoto-Prozess bietet weitere Vorteile für die mediale Präsentation. Er ist eindeutig, weil er im Grunde auf Zahlen ausgerichtet ist: Zahlen des Ausstoßes von Emissionen, Zahlen der Reduktion in bestimmten Zeiträumen, Ranglisten der Emissionsreduzierer oder Ranglisten der Reduktionsverweigerer. Kyoto schafft eine auch medial vermittelbare Vergleichbarkeit unter den verschiedenen Ländern. Die Medien können zeigen, welche Länder in den vergangenen Jahren ihre Vorgaben versucht haben zu erfüllen, im Vergleich zu welchen Ländern diese besser dastehen oder auch nicht. In der Luhmann'schen Nachrichtenfaktoren-Logik ist dies der Wert von Quantitäten. „Quantitäten sind immer informativ, weil eine bestimmte Zahl keine andere ist als die genannte – weder eine größere noch eine kleinere. Und das gilt unabhängig davon, ob man den Sachkontext versteht“ (Luhmann 1996: 59f). Durch diese Form der Berichterstattung können einfach und für alle nachvollziehbar „Schuldige“ markiert werden. Die Etablierung eines „Blame Games“ wie nach dem Kopenhagen-Gipfel funktioniert noch besser, wenn zur Unterstützung der Argumentation Ranglisten vorgewiesen werden können.

#### 4 | Fazit

Nach dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 hatte es das Klimathema sehr schwer, auf der Agenda der Medien und der Politik zu bleiben. Nach dem nicht erfolgreichen Ausgang

des Gipfels, der auch medial als Niederlage dokumentiert wurde, haben andere Themen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Euro-Schuldenkrise und die Energiewende in Deutschland die Agenda von Politik und Medien übernommen.

Das mag auch daran liegen, dass die mediale Debatte zum Klimawandel insbesondere von der Politik dominiert wird, die Wissenschaft spielt auch in der historischen Evolution der Klimadebatte nur eine geringe Rolle. Insbesondere politische Ereignisse tragen dazu bei, den Klimawandel in den Medien prominent zu platzieren. Bei den Strategien gegen den Klimawandel geht es insbesondere um Fragen der Reduktion, während Anpassungsstrategien in den medialen Hintergrund geraten. Die bessere Medieneignung der Reduktionsstrategie im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll mag dafür eine Ursache sein.

*Markus Rhomberg* ist Juniorprofessor für Politische Kommunikation an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Kontakt: markus.rhomberg@zeppelin-university.de.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,798406,00.html> [21.11.2011]

<sup>2</sup> <http://www.time.com/time/health/article/0%2C8599%2C2098671%2C00.html#ixzz1ckjq7Adz> [17.11.2011].

<sup>3</sup> Als BRIC-Staaten werden Brasilien, Russland, Indien und China bezeichnet.

## Literatur

*Arlt, Dorothee/Hoppe, Imke/Wolling Jens* 2010: Klimawandel und Mediennutzung. Wirkungen auf Problembewusstsein und Handlungsabsichten. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, Jg. 58, Heft 1, 3-25.

*Beck, Silke* 2010: Vertrauen geschmolzen? Zur Glaubwürdigkeit der Klimaforschung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 32/33, 15-21.

*Beck, Ulrich* 1992: *Risk Society. Towards a New Modernity*. London: SAGE.

*Boykoff, Max/Roberts, Timmons J.* 2007: *Media Coverage of Climate Change: Current Trends, Strengths, Weaknesses*. In: *Human Development Report 2007/2008*. New York: Human Development Report Office.

*Bresio, Cristina/Pronzini, Andrea* 2010: Unruhe und Stabilität als Form der massenmedialen Kommunikation über Klimawandel. In: *Voss, Martin (Hg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, 283-300.

*Brossard, Dominique/Shanahan, James/McComas, Katherine* 2004: Are Issue-Cycles Culturally Constructed? A Comparison of French and American Coverage of Global Climate Change. In: *Mass Communication & Society*, Jg. 7, Heft 3, 359-377.

*Bundesministerium der Finanzen* 2010: *Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen*. Berlin.

*Carvalho, Anabela* 2005: Representing the politics of the greenhouse effect. In: *Critical Discourse Studies*, Jg. 2, Heft 1, 172-179.

*Carvalho, Anabela* 2010: Media(ted) discourses and climate change: a focus on political subjectivity and (dis)engagement. In: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, Jg. 1, Heft 2, 172-179.

*Eide, Elisabeth/Kunelius, Risto* 2010: Domesticating Global Moments. A transnational study on the coverage of the Bali and Copenhagen Climate Summits. In: *Eide, Elisabeth/Kunelius, Risto/Kumpu, Ville* 2010: *Global Climate - Local Journalism. A Transnational Study of How Media Make Sense of Climate Summits*. Global Journalism Research Series 3. Bochum: projektverlag, 11-50.

*Entman, Robert M.* 1993: Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, Jg. 43, Heft 4, 51-8.

*Funtowicz, Silvio/Ravetz, Jerome* 1985: Three types of risk assessment: a methodological analysis. In: *Whipple, Chris/Covello, Vin-*

cent T. (Hg.): Risk Analysis in the Private Sector. New York: Plenum Press, 217-231.

*Hjarvard, Stig* 2008: The Mediatization of Society. In: Nordicom Review, Jg. 29, Heft 2, 105-134.

*Krauss, Werner/Storch, Hans* von 2005: Culture Contributes to Perceptions of Climate Change. In: Nieman Reports, Jg. 99, Heft 59.

*Krotz, Friedrich* 2007: The meta-process of ‚mediatization‘ as a conceptual frame. In: Global Media and Communication, Jg. 3, Heft 3, 256-260.

*Luhmann, Niklas* 1996: Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.

*Novy, Leonard/Rhomberg, Markus* 2011: Nachhaltig kommunizieren – Nachhaltigkeitskommunizieren. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Politik nachhaltig gestalten. Wie man nachhaltige Politik macht, kommuniziert und durchsetzt. Gütersloh: Bertelsmann, 169-190.

*Palfreman, Jon* 2006: A Tale of Two Fears: Exploring Media Depictions of Nuclear Power and Global Warming. In: Review of Policy Research, Jg. 23, Heft 1, 23-43.

*Pfetsch, Barbara/Heft, Annett* 2009: Europäische Öffentlichkeit – Entwicklung transnationaler Medienkommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 23/24, 36-41.

*Post, Senja* 2008: Klimakatastrophe oder Katastrophenklima? Die Berichterstattung über den Klimawandel aus Sicht der Klimaforscher. Frankfurt am Main: Verlag R. Fischer.

*Prins, Gwyn/Rayner, Steve* 2007: Time to Ditch Kyoto. In: Nature, Heft 449, 973-975.

*Schäfer, Mike S./Ivanova, Anna/Schmidt, Andreas* 2011: Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den

Klimawandel in 23 Ländern. In: Studies in Communication | Media, o. Jg., Heft 1, 131-148.

*Stehr, Nico* 2004: Plädoyer für eine andere Klimapolitik. In: Berliner Republik, Jg. 5, 50-56.

*Stehr, Nico/Rhomberg, Markus* 2012: Global Environmental Problems. In: Ritzer, George (Hg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Globalization. Hoboken: Wiley-Blackwell. Erscheint im April 2012.

*Taddicken, Monika/Neverla, Irene* 2011: Klimawandel aus Sicht der Mediennutzer. Multifaktorielles Wirkungsmodell der Medien- erfahrung zur komplexen Wissensdomäne Klimawandel. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 59, Heft 4, 505-525.

*United Nations Framework Convention of Climate Change (UNFCCC)* 2010: Report of the Conference of the Parties on its fifteenth session, held in Copenhagen from 7 to 19 December 2009. Part two: Action taken by the Conference of the Parties at its fifteenth session, 30.3.2010, [http://unfccc.int/documentation/documents/advanced\\_search/items/3594.php?rec=j&prirref=600005735#beg](http://unfccc.int/documentation/documents/advanced_search/items/3594.php?rec=j&prirref=600005735#beg) [21.11.2011].

*Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra* 2002: Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. Opladen: Leske + Budrich.

*Wilkins, Lee/Patterson, Philip* 1991: Science as a Symbol: The Media Chills the Greenhouse Effect. In: Wilkins, Lee/Patterson, Philip (Hg.): Risky Business: Communicating Issues of Science, Risk and Public Policy. Westport, CT: Greenwood Publishing Group, 159-176.